

# *Provocabo 4*

*Streitbare Texte  
zu den aktuellen Themen  
der Zeit*



## Vorwort

Liebe Leser,

wieder liegt ein neues Buch meiner Veröffentlichungen unter dem Titel der Abwandlung des Lateinischen für den Ausruf „Ich provoziere!“ vor – und er soll seinem Namen erneut gerecht werden.

Mit streitbaren Texten zu den aktuellen Themen der Zeit möchte ich zum Nachdenken und Diskutieren anregen. Gleichsam sollen meine Ausführungen ein Beitrag zur demokratischen Debattenkultur und für ein herausforderndes und klares, aber respektvolles Streiten in der Sache sein.

Wenn Sie möchten, kommen Sie mit mir gerne über mein Buch ins Gespräch.

Nehmen Sie Kontakt per Mail zu mir auf:  
[Riehle@Riehle-Dennis.de](mailto:Riehle@Riehle-Dennis.de).

Herzliche Grüße  
*Dennis Riehle*



Diesen Klimaschuh lasse ich mir auf jeden Fall nicht anziehen!

*Kommentar zu den lautstarken Protesten der „Fridays for Future“-Bewegung*

Die Vorhaltungen der jungen Erwachsenen, wonach ihnen die Zukunft geklaut würde, halte ich schon für durchaus dreist.

Sie schüren damit einen Generationenkonflikt, der sicherlich nicht zur Lösung der Erderwärmung beitragen wird.

Ohnehin: Ich bleibe skeptisch, wie groß der Anteil am Klimawandel durch uns Menschen wirklich ist. Dass das perspektivische Wettergeschehen in der Geschichte schon desöfteren stark geschwankt hat, ist keine Neuigkeit. Stattdessen kann man zwar vermuten, dass der anthropogene Aspekt an der derzeitigen Entwicklung partiell beteiligt ist. Die tatsächlichen Zusammenhänge sind mir weiterhin unzureichend belegt.

Wonach der neuzeitliche Mensch wenig nachhaltig agiert und kaum ressourcenschonend lebt, das ist eine unbestreitbare Tatsache, die es auch zu Recht anzuprangern gilt. Allerdings weiß ich gerade bei „Fridays for Future“ nicht, inwieweit man die öffentlichkeitswirksame Demonstration allein zum Selbstzweck betreibt. Denn das Diktat an die Politik und Gesellschaft, welches Greta Thunberg, Luisa Neubauer und viele andere Vertreter der Klimaschutzbewegung vortragen, hat für mich vor allem eine spalterische Komponente und wirkt schon deshalb wenig konstruktiv und friedensstiftend, weil es insbesondere Utopien ohne jedweden Pragmatismus und Realismus abnötigt, denen es am sozialen Ausgleich fehlt. Es genügt eben nicht, Panikmache zu betreiben und Notstände auszurufen – und damit Angst zu schüren und Verunsicherung zu schaffen. Denn gerade der „kleine Mann“ ist derjenige, der mit den Ansinnen der manches Mal schon fanatisch anmutenden Maximalforderungen der Umweltschützer komplett überfordert ist.

Gleichermaßen wird die Verantwortlichkeit der fossilen Energieträger, die uns schöpferisch zum Verbrauch zur Verfügung gestellt sind, extrem strapaziert, ohne den abschließenden Beweis für die Korrelation zwischen CO<sub>2</sub> und Erhitzung der Erde abseits von empirischen Modellen geführt zu haben. Kaum jemand blickt auf den Methan-Ausstoß von Unmengen Nutzvieh, selten wir die Bedeutung von Wäldern und Mooren zur Bindung von Gasen hervorgehoben.

Stattdessen ist es viel eher oberstes Ziel der Freitagsprotestanten, der Bevölkerung ein schlechtes Gewissen einzureden. Doch diesen Schuh ziehe ich mir nicht an, zumal er viel zu groß wäre, um meinen klimatischen Fußabdruck korrekt abzubilden.

Nicht nur ein Geben,  
sondern auch ein Nehmen!

*Leserbrief zur Idee der  
Verantwortungsgemeinschaft:*

Der Vorstoß von Bundesjustizminister Marco Buschmann, in der gesellschaftspolitischen Debatte über eine sogenannte „Verantwortungsgemeinschaft“ nachdenken zu wollen, ist nur auf den ersten Blick ein Versuch, fortschrittlich und zeitgemäß mit der Frage umgehen zu wollen, wie wir in Deutschland im 21. Jahrhundert das Zusammenleben von Menschen verstehen und in welcher Weise wir es fördern und unter besonderen Schutz stellen wollen.

Tatsächlich müssten wir uns vielmehr dem Ansinnen stellen, inwieweit wir bereit sind, Ehe und Familie als Begriffsdefinitionen einerseits, als Rechtsinstitutionen und unterstützenswerte Formen des Miteinanders gleichsam andererseits auch im zivilisierten Konsens anzuerkennen.



Letztlich fehlt der Bundesrepublik nach der Ausweitung des Ehebegriffs auf die Möglichkeit, wonach auch ein homosexuelles Paar diesen grundgesetzlichen verankerten Status annehmen und viele Vorteile für sich beanspruchen kann, der Schritt zur vollkommenen Äquivalenz jedweden Zusammenschlusses von zwei Erwachsenen unterschiedlichen Geschlechts zur Ehe – und bei mindestens einem (leiblichen oder adoptierten beziehungsweise Stief-) Kind zur Familie. Schlussendlich bin ich aber der Meinung, dass ein „Verlässlichkeitsbündnis“, welches nur auf dem Zusammenleben als eingetragene Partnerschaft fußt, nicht den verfassungsrechtlichen Rang der Ehe einnehmen kann (und damit eine Gleichstellung in Pflichten und vor allem Rechten nach sich ziehen würde). Viel eher poche ich darauf, dass sich zwei Menschen in Gemeinschaft zum Eingang des Rechtsgebildes „Ehe“ mit all ihren Facetten entschließen müssen, um eine entsprechende Bevorteilung zugesprochen zu bekommen.

Die Gretchenfrage wird also lauten, ob wir bereit sind, die zu Recht Verfassungsrang genießende Ehe in die Breite zu weiten, statt sie nach unten in Richtung von temporären und unsicher gestalteten Lebensabschnittsbeziehungen zu öffnen. Denn das standesamtliche Versprechen zu einem Zueinanderstehen in guten wie in schlechten Zeiten bleibt ein zwingendes Kennzeichen jener Verantwortung, die auch Buschmann für seine Gemeinschaftstheorie anlegt.

Insofern dürfen wir Menschen durchaus diesen expliziten Willen zum Einhalten solcher zwischenmenschlichen Regeln und eines moralischen Eides abverlangen, um in den Genuss einer Protektion durch die öffentliche Sozietät zu kommen. Eine Liberalisierung darf nicht bedeuten, allein Zugeständnisse an die Menschen zu geben, sondern selbige auch einfordern zu dürfen.

Dauerschleifen sind erfahrungswissenschaftlich  
eben gerade nicht vorgesehen!

*Zu den ständigen Warnungen des  
Bundesgesundheitsministers:*

Dass sogar der für seinen Pessimismus bekannte Bundesgesundheitsminister zu Silvester „Licht am Ende des Tunnels“ sieht, sollte uns ermutigt ins neue Jahr starten lassen. Wenn Karl Lauterbach als auf Evidenz und Empirie vertrauender Wissenschaftler schon früher einmal auf die Vergangenheit geblickt hätte, wäre vielleicht manche seiner schwarzmalerschen Prognosen von etwas mehr Zuversicht geprägt gewesen. Denn bisher hat jede Epidemie ihr Ende gefunden. Dauerschleifen waren selbst bei den schlimmsten Seuchen nie vorgesehen. Daher sind die leicht hoffnungsvollen Worte für das neue Jahr von Drosten bis Streeck sicherlich nicht unbegründet – und dürfen auch Politiker dazu verleiten, vom Modus der ständigen Panikschieberei und Angstmache in etwas mehr Gelassenheit und Bedacht umzuschwenken.

Wer seine Glaubwürdigkeit nicht verlieren möchte, betrachtet auch noch so schlimme Phasen unseres Daseins keinesfalls nur mit einem weinenden Auge. Deshalb war es gut, dass auch Bundeskanzler Scholz in seiner Neujahrsansprache endlich einmal Mut machte und die Perspektive ausgab, dass wir in den kommenden 365 Tagen das Meiste überstanden haben könnten.

Solch eine Aussicht trägt nicht nur zu einer besseren Moral der Gesellschaft bei, sondern nimmt auch den Verschwörungstheoretikerin in diesem Land das Pulver, mit dem diese trotz aller Mahnungen ausgelassen und unvorsichtig 2022 begonnen haben. Noch ist es zu früh für Entwarnung, dennoch hat der Jahreswechsel selbst auf die Warner eine heilsame Wirkung: Es gibt keinen vernünftigen Grund, weshalb wir nicht positiv nach vorne blicken sollten. Selbst die Studienlage am letzten Tag von 2021 gibt es klar her, eine differenziertere Grundhaltung für die folgenden Monate einzunehmen:

Omikron mag zwar viele Menschen anstecken, aber dennoch unsere Intensivstationen entlasten. Wenn das kein Grund zur Vorfreude auf den nächsten 31. Dezember ist!

## Was interessiert das Geschwätz von gestern...

Er hat diejenigen, die im milderen Verlauf der Omikron-Variante einen möglichen Ausweg aus der Pandemie sehen, als „naiv“ bezeichnet. Nur wenige Stunden später sitzt Prof. Lauterbach in einer Talkshow und bestreitet einen Zusammenhang zwischen der Corona-Politik und den massiv ansteigenden Betroffenenzahlen psychischer Erkrankungen. Wer austeilt, muss auch einstecken. Insofern ist es durchaus berechtigt, den Anwurf der Blauäugigkeit postwendend an den Bundesgesundheitsminister zurückzugeben.

Denn wer eine Korrelation zwischen wachsendem Vorkommen von Verstimmung, Ängsten und Zwängen einerseits und massiven sozialen Einschränkungen des öffentlichen Lebens andererseits leugnet, der muss sich bei gleichzeitiger Wortwahl gegenüber den Kritikern der eigenen politischen Strategie die Zuschreibung der Heuchlerei gefallen lassen.

Die Amtsführung des ausgewiesenen Mediziners Lauterbach muss in den ersten Wochen seit Übernahme des Ministeriums insgesamt als unglaublich bezeichnet und die Konzeption seiner Aussagen als wankelmütig betrachtet werden. Der Epidemiologe, welcher sich nur auf Studien verlässt und die Empirie und Evidenz in den Adelsstand erhebt, vermag sich wie ein Fähnchen im Wind zu drehen:

Jeden Tag in einem neuen Medium vertreten, legt der SPD-Politiker stets nur jene wissenschaftlichen Erkenntnisse offen, die ihm in den Kram und seine jeweilige Verfassung passen. Von Optimismus oder Perspektive ist bei ihm überhaupt nichts zu erahnen, im Gegenteil: Möglicherweise fürchtet er sich davor, bei einer nachlassenden Dramatik der epidemischen Lage seltener vor den Fernsehkameras auftreten und an etwaiger Aufmerksamkeit verlieren zu können. Ich kann nicht erahnen, dass Herr Lauterbach schlussendlich an einer tatsächlichen Besserung der Situation interessiert ist.

Seine Schwarzmalerei und die penetrante Rückweisung jeglicher Skepsis an seinem Kurs sind Ausdruck von einer stringenten Selbstüberschätzung und gleichsam eine Verweigerung zur Einsicht von offensichtlicher Realität. Gerade sein stets betontes Wissen um nahezu jedes neue Forschungsergebnis sollte ihm schon lange gezwitschert haben, dass Depression erwiesenermaßen ein Resultat von Isolation sein kann. Mit seinen Einlassungen verpasst der Minister allen Menschen, die in der Krise an seelischen Leiden erkranken, einen Schlag ins Gesicht. Statt sich vor das nächstbeste Mikrofon zu setzen, würde es ihm guttun, endlich für mehr Psychotherapie-Plätze in Deutschland zu sorgen. Schlussendlich ist es ein Affront für Personen wie mich, die sich jeden Tag um Betroffene der psychischen Auswirkungen der Corona-Maßnahmen kümmern, wenn Wirklichkeiten verharmlost und gerade von denen, die Wahrheit für sich beanspruchen, blind zurückgewiesen werden. Übrigens: Auch ein Politiker hat das Recht, eigene Fehler einzugestehen und umzudrehen.



## Mediale Verantwortung!

*Zu den Pressekommentaren über eine mögliche Spaltung der Gesellschaft:*

Es ist sicherlich wenig hilfreich, wenn man einen Zusammenhalt herbeiredet, der in Wirklichkeit nicht existiert. Gleichsam halte ich es für übertrieben, in Deutschland von einer Spaltung der Gesellschaft zu sprechen. Zweifelsohne: Es gibt Risse in der Demokratie, aber keineswegs derartige Durchbrüche, dass man von einem manifesten Auseinanderdriften ganzer Bevölkerungsteile sprechen könnte. Wer die Minderheiten in ihrer Bedeutung größer macht als sie es in Wahrheit sind, trägt allerdings tatsächlich einen weiteren Keil ins Volk. Nur der Umstand, dass Impfgegner, Verschwörungstheoretiker und Corona-Leugner medial laut in Szene gesetzt und damit in ihrer Dimension erheblich verzerrt werden, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Mehrheit der Menschen den Ernst der Lage begriffen hat und sich solidarisch zeigt.

Ja, es obliegt auch einer verantwortungsvollen Presse, die Verhältnisse realistisch abzubilden. Natürlich muss in einem freiheitlichen Rechtsstaat der Protest erlaubt sein. Und als Betroffener einer anhaltenden Impfkomplication kann ich Unsicherheit, Fragen und Sorgen gegenüber der Immunisierung wirklich gut verstehen. Doch wir müssen uns ehrlich machen: Rechtsradikale sind keine kritischen Menschen oder Zweifelnde an einzelnen Maßnahmen. Sie sind ideologisch verblendet und lehnen unser Staatswesen ab. Das hat nichts zu tun mit zulässiger und gewollter Reflexion von Politik. Olaf Scholz hat diejenigen, die skeptisch sind, ausdrücklich in unser geeinigtes Land einbezogen, denn sie gehören mit der Ausübung ihres legitimen und gewaltfreien Rechts auf Demonstration ganz explizit zu einer Sozietät dazu, weil sie trotz und wegen ihrer Bedenken einen Gemeinsinn in sich tragen. Durch sie wird die Bundesrepublik nicht gespalten, sondern in ihrem demokratischen Wachstum und der liberalen Entwicklung gefördert.

Wer etwas Anderes behauptet, möchte  
Trennendes über Verbindendes stellen. Das  
dürfen Menschen guten Willens jedoch  
keinesfalls zulassen.

Ein Ende des tiefen Falls ist nicht absehbar!

*DIE LINKE nach der Bundestags- und vor der Bundespräsidenten-Wahl:*

Der Artikel vermittelt Hoffnung, als ob DIE LINKE bereits am untersten Ende der Umfragen angelangt wäre.

Darauf möchte ich aber eher nicht spekulieren – denn ich sehe keinerlei Anzeichen dafür, dass der tiefste Punkt erreicht wäre.

Im Gegenteil: Weiterhin liefert sich die Partei medienwirksame Auseinandersetzungen, zahlreiche prominente Austritte waren zu vernehmen und DIE LINKE produziert eigenverantwortliche Skandale, die nicht wirklich von Geschlossenheit zeugen, sondern dem Außenstehenden verdeutlichen, wonach es die Partei auch nach dem desaströsen Abschneiden am 26. September 2021 bis heute nicht vermochte, Ruhe in die eigenen Reihen zu bringen.

Das liegt sicherlich an manchen Personalien, aber auch an Schlagzeilen wie jene um Klaus Ernst, Sahra Wagenknecht und der Fraktionsspitze, die offenbar in Disharmonie zu anderen Bundestagsabgeordneten und einigen Mitgliedern des Parteivorstandes steht und einigermaßen selbstbewusst inhaltliche Vorgaben beschlossen hat, an denen weder die Mitglieder, noch die Entscheidungsgremien der Partei in irgendeiner Weise beteiligt waren.

Ohnehin: Die vielversprochene Partizipation nach dem vernichtenden Ergebnis bei der Bundestagswahl scheint bis heute nicht wirklich in Gang gekommen zu sein, stattdessen will man im Karl-Liebknecht-Haus nun offenbar mit dem eigenen Bundepräsidenten-Kandidaten Trabert von den zahlreichen unbearbeiteten Baustellen in der Partei ablenken.

Weiterhin ist man in der Führung der LINKEN nicht wirklich bereit, sich wieder auf Themen zu besinnen, die die bedürftigen und sozial schwachen Menschen als Kernklientel alltäglich beschäftigen.

Das Theoretisieren über Gendersternchen, Abtreibung und Lifestyle vermittelt den Eindruck, als sei man in der Bedeutungslosigkeit verschwunden und von der Realität der Bürger völlig abgehoben. Der innerparteiliche Kommunikationsstil ist weiterhin derart angespannt, dass auch ich die Konsequenz gezogen und DIE LINKE als Mitglied verlassen habe. Die Flügelkämpfe sind so stark ausgeprägt, dass zwischen ostdeutschen Pragmatikern und westdeutschen Ideologen scharfe Töne fallen.

Ein Einigungsprozess ist bislang nicht gelungen, viel eher scheint man über die Frage zur Regierungsbereitschaft tief zerstritten, außenpolitisch werden gravierende Pole sichtbar, die kaum miteinander verbunden werden können. Und nicht zuletzt fehlt es der Partei noch immer an einer Identität, nach einem Selbstverständnis sucht man vergebens. Denn in welche Richtung man künftig voranschreiten will, bleibt angesichts des notwendigen Spagats zwischen freiheitlichem Pragmatismus und sozialistischem Realismus komplett unklar.

Zweifelhaft, ob es DIE LINKE jemals schaffen wird, die derzeit zumindest unüberbrückbaren Unterschiede in Philosophie und Weltanschauung einzelner Mitglieder oder ganzer Strukturen in der Partei zu überwinden und Geschlossenheit zeigen kann.

## Klima-Extremismus ist kein Kavaliersdelikt!

*Kommentar zum zunehmend gewaltsam  
auftretenden Protest der  
Umweltschutzbewegung:*

In einer „stern TV“-Sendung schwadroniert ein Klimaaktivist über „legitime Notwehr“ und „friedliche Sabotage“, während Umweltschützer in Berlin und andernorts seit Tagen Fahrzeuge blockieren. Beiden Schauplätzen ist gemein, dass sich wohl immer mehr Menschen berechtigt sehen, ihren Protest für härtere Maßnahmen gegen die Erderwärmung durch sogenannten „zivilen Ungehorsam“ zum Ausdruck bringen zu dürfen.

Eingriffe in den Straßenverkehr und brennende Gegenstände sind aber eben kein Mittel des gewaltfreien Protests, sondern müssen als ebenso fundamentalistisch wie schikanös eingestuft werden, denn sie vermögen es, die Gesellschaft aufzuwiegeln und die Politik zu erpressen.



Wie wir uns nicht von Verschwörungstheoretikern und Querdenkern auf der Nase herumtanzen lassen dürfen, die Corona leugnen und das Impfen generell als Zwangsmaßnahme ablehnen, so können wir es auch den mit immer neuen Formen der Demonstration auf den Plan tretenden Fanatikern für den Kampf gegen fossile Energieträger nicht durchgehen lassen, wenn sie den demokratischen Rechtsstaat kapern und das Gewaltmonopol in die eigene Hand zu nehmen versuchen.

Selbstjustiz ist in Deutschland glücklicherweise untersagt, weshalb es auch nicht angehen darf, dass der ideologisch geführte Krieg gegen die Treibhausgase ausstoßende Industrie und Einzelpersonen durch revolutionäre Organisationen und Zusammenschlüsse sanktionslos bleibt. Mittlerweile haben sich diverse Initiativen und Individuen beim Engagement für mehr Klimagerechtigkeit von der gemeinsamen Basis unseres Grundgesetzes verabschiedet und versuchen, die politische Entscheidungshoheit selbst durchzusetzen.

Auch derartige Auswüchse müssen von den Verfassungsschützern beobachtet werden, denn es sind gleichsam diese Utopisten des Widerstands, die das liberale Miteinander zu untergraben bereit sind. Das Vorbringen von Forderungen ist gleichsam berechtigt und steht jedem Bundesbürger zu. Die Bevölkerung aber mit nötigen Interventionen in deren Alltag zu beschneiden und die Freiheit des Gegenübers derart zu tangieren, dass er an der Ausübung von Beruf und Privatleben gestört und geschädigt wird, ist Ausdruck einer sich losgelösten Bewegung von Idealisten, denen die repräsentativen Systeme nicht schnell genug agieren.

Sie können es gleichzeitig offenbar nicht abwarten, bis sich ein Konsens erzielen lässt, der im besten pazifistischen Sinne und auf Ebene einer die Institutionen respektierenden Mehrheitsfindung zustande gekommen ist. In unserem Staatswesen ist kein Platz für Extremismus, unabhängig seiner Couleur. Deshalb bedarf es Strafen für alle, die sich nicht an gemeinsame Regeln halten wollen.

Man kann die Ungeduld der jüngeren Generation verstehen, der der Umstieg auf ein Zeitalter regenerativer Ressourcen zu langsam geht. Verständnis für deren Methoden habe ich nicht, sie bleiben falsch.

## Die Regierung ist schon jetzt klinisch tot!

### *Zum Start der „Ampel“-Koalition:*

Kaum eine Bundesregierung wurde jemals mit so vielen Vorschusslorbeeren versehen wie die Ampel-Koalition – und wohl keine andere hat aus dem Vertrauen und der Aufbruchstimmung, die in der Bevölkerung herrschten, so wenig gemacht wie das rot-grün-gelbe Bündnis. Es strotzt vor Untätigkeit und hat in den ersten Wochen ihrer Amtszeit bewiesen, dass die in sie gesetzte Hoffnung vollends überzogen gewesen ist.

In der Corona-Pandemie zeigt man im Kanzleramt überhaupt keine Führungsstärke, stattdessen schiebt man Verantwortung auf ein Expertengremium, einen General und den Bundestag ab, wenn es um konkrete Entscheidungen geht. In der Ukraine-Krise blamiert die Regierung die Bundesrepublik mit der Entsendung von 5000 Helmen und lässt die Verbündeten im Unklaren über die tatsächliche Positionierung der Koalition – wenn es solch eine überhaupt geben sollte.

Und während die Inflation die Ersparnisse des kleinen Mannes auffrisst, die Armut im Land ins Unermessliche steigt und selbst Millionäre ein Umdenken in der Einkommens- und Vermögenssteuer befürworten, bringt man durch das Kabinett und im Plenum des Parlaments einen umstrittenen Nachtragshaushalt auf den Weg, während Kanzler Scholz in der medialen Aufmerksamkeit immer weiter absinkt – und Prof. Lauterbach an seiner Stelle vor lauter Presseterminen die Leitung seines eigenen Ministeriums schleifen lässt.

Enttäuschend und verärgert ist das Nichtstun der „Ampel“, die mittlerweile vor allem bei der SPD durchschlagenden Abstürze in den Umfragen sind ein lebendiger Beweis für die Verbitterung vieler Bürger in Deutschland, die Aufbruch gewählt und einen ausgestopften Bettvorleger bekommen haben. Niemand erwartet die Wende nach 16 Jahren Stillstand innerhalb weniger Tage.

Doch wie soll die erste Bilanz für eine Bundesregierung aussehen, die sich der Arbeit verweigert und auf Tauchgang geht?

Niemand hätte wohl gedacht, dass sich die Menschen die Große Koalition nach deren berechtigter und erlösender Abwahl so schnell wieder zurückzuwünschen würden. Während der Schlafwagen unter der Kanzlerschaft Merkel wenigstens noch in Bewegung war, ist er unter Scholz zum Stillstand gekommen.

## Zwischen Pi, Rho, Sigma – und dem Dritten Weltkrieg!

Dieser Tage scheint die Leichtfertigkeit gestiegen, mit Superlativen recht unüberlegt um sich zu werfen. Von unserem Bundesgesundheitsminister sind wir es bereits gewohnt: Warnungen und Sorgen vor dem Morgen stehen bei ihm auf der Tagesordnung. Allerdings haben sie sich mittlerweile abgenutzt. Kaum jemand nimmt seine Ermahnungen noch ernst. Das kommt davon, wenn man blauäugig immer neue Extreme aufruft. Sie werden schlichtweg nervig und verfehlen ihre Wirkung. Das ist besonders dann gefährlich, wenn sich die Situation wieder derart zuspitzt, dass eine ernsthafte Vorsicht geboten wäre. Doch täglich von den möglichen Neuvarianten des Corona-Virus zu faseln, das ermüdet selbst den aufmerksamen Zuhörer und Lauterbach-Fan. Ob nun nach Omikron irgendwann auch Pi, Rho und Sigma auf der Matte stehen – wen interessiert das angesichts einer Weltlage, in der wir uns tatsächlich um andere Brennpunkte kümmern müssen.

Überhaupt: Was macht das mit unserer Lebensqualität, wenn wir uns ständig mit Möglichkeiten und Eventualitäten befassen? Selbstredend kann mir nachher beim Verlassen des Hauses auch ein Dachziegel auf den Kopf fallen oder ich werde von einem Auto angefahren.

Aber wie lässt es sich existieren, wenn wir dauernd Optionen bedenken, deren Eintritt und ihre Wahrscheinlichkeit nicht messbar scheinen und lediglich dazu in der Lage sind, uns in fortwährende Panik zu versetzen? Genauso ergeht es mir im Augenblick auch mit dem unreflektierten Herumfuchteln einer Gefahr des Dritten Weltkriegs oder dem nächsten Atomkonflikt. Mit solch immensen und dramatischen Aussagen spaßt man nicht – und man verwendet sie nicht inflationsartig. Jeder weiß darum, welche Folgen solch eine Auseinandersetzung tatsächlich hätte. Und selbst Experten schätzen Putin bei allen Wirrungen noch derart vernünftig ein, dass sie ihm den Einsatz von nuklearen Waffen nicht zutrauen. Er mag unberechenbar und völlig von Sinnen sein.



Dennoch möchte er seinen Traum eines größeren Russlands ja selbst erleben und nicht durch das unbedachte Drücken des Knöpfchens die ultimative Antwort des Westens auf sein eigenes Haupt riskieren.

Insofern wäre es gerade Laien und selbsternannten Verstehern internationaler Politik anzuraten, mit Schaudermärchen sparsam zu sein und die ohnehin phobischen Deutschen nicht noch in ihrer Beunruhigung zu bestärken. Denn wir tragen gerade in Krisen alle gemeinsam Verantwortung, Katastrophen nicht herbeizureden und alles zu vermeiden, was weitere Eskalationen schüren könnte. Wer auch immer gerade meint, Selbstprofilierung und Mediensehnsucht über das seelische Wohlbefinden der Bevölkerung stellen zu müssen, sollte sich fragen, welchen Schaden Eigennutz anrichtet.

Ein „Danke“ ist heutzutage überbewertet!

Ich weiß nicht, ob es lediglich mir so ergeht: Unsere Gesellschaft des 21. Jahrhunderts befindet sich in einem massiven Wandel. Die Tendenz zu Narzissmus und Eigennutz scheinen erheblich gestiegen zu sein. Das Verteidigen der eigenen Rechte und Ansprüche mit Ellenbogen und Selbstverständlichkeit dürfte mittlerweile zum Tagesgeschäft jedes Einzelnen gehören. Man kann die Verrohung vieler Bevölkerungsteile nicht nur anhand der Zunahme von Gewalttaten gegenüber der öffentlichen Ordnung sichtbar machen. Viel eher hat sich auch die Etikette maßgeblich gewandelt. „Früher“ noch war es gängig und gehörte zur Höflichkeit dazu, auf Mails oder Post zu reagieren. Heute bleiben wohl achtzig Prozent vom Gegenüber unbeantwortet. Wir haben keine Zeit mehr, uns mit Verbindlichkeit um soziale Beziehungen zu kümmern. Stattdessen pflegen wir unpersönliches Miteinander in immer neuen Kommunikationsmedien, Foren und Plattformen, die vor Verlogenheit und Wichtigtuerei nur so strotzen.

Es geht uns allein um das „Ich“ – und wie wir es gegen den Rest der Welt durchsetzen können. Gleichermaßen sind Benimmregeln gänzlich in Vergessenheit geraten, ein „Bitte“ scheint aus dem Wortschatz umfänglich verschwunden zu sein.

Die Gereiztheit und Oberflächlichkeit sind nicht erst seit der Corona-Pandemie und des Ukraine-Krieges gewachsen. Der Umstand, dass wir offenkundig unter Dauerstress stehen, macht uns zu abgestumpften Wesen, denen selbst die grundlegenden Umgangsformen abhandengekommen sind. Die Verkürzung eines Gesprächs auf „LOL“, \*freu\* und sonstige Emojis trägt sicherlich auch dazu bei.

Vieles, wofür man einst dankbar war, wird heute zu einer Normalität ohne jegliches Achselzucken. Erwartungshaltungen nehmen zu, aus Meinungen werden Rechte formuliert, auf denen man beharrt. Freundlichkeit und Zugewandtheit gehören der Vergangenheit an, die Stimmung im Land ist anders geworden.

Kurz angebunden zu sein und schnippisch, besserwisserisch und abgehoben zu reagieren, das gehört jetzt zum guten Ton. Argumente und Gründe zählen kaum mehr, viel eher hat die Rechthaberei die Oberhand gewonnen. Der Respekt vor einem pfleglichen Umgang miteinander hat keine Konjunktur mehr. Stattdessen steht derjenige hoch im Kurs, der sich polternd und lautstark zu Wort meldet. Die Anerkennung von anderslautenden Ansichten fällt immer mehr Menschen schwer, weshalb auch unsere demokratische Streitkultur ganz erheblich leidet. Doch was kann gegen diese Entwicklung getan werden? Letztlich reicht es manchmal, sich auf manch eine Lehre aus der Bibel zu besinnen: „Was du nicht willst, das man dir tut, füg' auf keinem Andern zu!“.

## Der „Ich werde...“-Kanzler

*Zum Wendepunkt in der sozialdemokratischen Friedenspolitik:*

Bereits im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2021 war er durch seine Floskeln aufgefallen. Seit seiner Amtsübernahme als Bundeskanzler hat sich Olaf Scholz für viele Menschen deshalb unglaublich gemacht, weil die meisten seiner Aussagen in der Öffentlichkeit mit den Worten „Ich habe...“, „Ich werde...“ oder „Ich kann...“ beginnen.

Sein ausgeprägtes Selbstbewusstsein hat jedoch nicht nur durch die ständige Wiederholung seines politischen Könnens und Vermögens für viele Beobachter einen nervtötenden Charakter erreicht. Scholz glänzt mit seiner Ankündigungspolitik – eindrucksvoll in seiner aktuellen Rede im Deutschen Bundestag: Die Versprechung, ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr aufzulegen und den Verteidigungshaushalt auf mehr als 2 % des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen, hat nicht nur die eigene Partei vor den Kopf gestoßen.

Wenn man in die Reihen der Abgeordneten blickte, konnte der Zuseher sowohl bei SPD und „Grünen“ unwissende und überraschte Gesichter erkennen. Wieder einmal schien der SPD-Kanzler mit einer Entscheidung abrupt und ohne Rücksprache mit der eigenen Fraktion nach außen gedrungen zu sein – ohne die Überlegung, dass er für all seine Vorhaben womöglich gar eine Verfassungsmehrheit im Bundestag benötigt. Zwar sprach die Führung der Sozialdemokraten mit einigen Tagen Abstand einen uneingeschränkten Rückhalt für die Vorhaben des Kanzlers aus.

Doch in der SPD rumort es nach dem erneuten Alleingang des Regierungschefs: Er handelt offenbar, ohne sich vorab Rückendeckung für seine Ziele einzuholen. Nicht nur taktisch unklug, sondern letztlich auch ein Beweis dafür, dass Scholz trotz seiner langen Erfahrung auch weiterhin ein politischer Geisterfahrer ist, der Entschlüsse eigenständig fasst – und erst nach deren offizieller Verkündung überprüft, inwieweit sie durch die eigenen Mitstreiter gedeckt sind.

Dass der Kanzler noch nie ein wirklicher Teamplayer gewesen ist, entnimmt man seinem Verhalten lebhaft.

Wer in einer Demokratie auf Alleinherrschaft setzt, muss irgendwann den Scherbenhaufen seiner Verbohrtheit zusammenkehren. Denn es ist kaum vorstellbar, dass die Regierungsfraktionen dem Kanzler solche spontanen Kehrtwendungen wie in der momentanen Außen- und Sicherheitspolitik dauerhaft durchgehen lassen, wenn er sie nicht in seine Planungen vorab einbezieht. Die teils monarchistisch anmutende Amtsführung von Olaf Scholz könnte man einerseits als entschlossen bezeichnen. Gleichsam könnte er mit ihr aber auch den Ast absägen, auf dem er sitzt.

Zwar mag es in der derzeitigen Krisenlage vorteilhaft sein, wenn ein Kanzler auf sich verändernde Umstände mit klaren und deutlichen Ansagen reagiert. Es wird aber die Basis seiner eigenen Partei sein, die solche Brüskierungen langfristig nicht toleriert. Seine Umschwenken kann in Zeiten des Krieges entschuldigt werden. Danach wird er mit dieser Strategie verlieren.

## Krieg als Vorwand für Gretas Maximalforderungen

*Zur Zweckentfremdung des russischen  
Angriffskriegs durch die  
Klimaschutzbewegung:*

Zehntausende, vor allem junge Menschen sollen den Aufrufen der weltweiten „Fridays-for-Future“-Bewegung gefolgt und ausnahmsweise an einem Donnerstag (weil man angeblich aufgrund der aktuellen Lage nicht auf den Freitag zu warten vermochte) auf die Straße gegangen sein. Offiziell wollte man einen Beitrag für den Frieden leisten und sich mit den Menschen in der Ukraine solidarisieren. Allerdings waren die Statements der deutschen Sprecher der Klimademonstranten sehr entlarvend:

Während man im ersten Satz die russische Aggression verurteilte, schlug beispielsweise eine der führenden Ikonen der Greta-Thunberg-Jünger nebenbei an, dass man eigentlich wegen der Aussagen des Bundeswirtschaftsministers protestiere.



Dieser hatte angekündigt, angesichts der kriegerischen Auseinandersetzung und der möglichen Gefahren für die Versorgungssicherheit in Deutschland den Umweltschutz hintenanstellen wolle – und über einen Weiterbetrieb von Kohle- und Atomkraftwerken nachgedacht werde.

Hinter dem Anstrich einer neuen Friedensbewegung entpuppte sich also ein handfester politischer Aufruf gegen die Abhängigkeit vom russischen Gas – wobei es „Fridays for Future“ wohl relativ egal gewesen sein dürfte, woher die fossilen Energieträger stammen.

Hauptsache, man hat einen Vorwand gefunden, um die eigenen Ziele öffentlichkeitswirksam an Mann und Frau zu bringen.

Inwieweit es moralisch verwerflich ist, einen derart gewaltsamen Konflikt für die utopischen Forderungen einer neureichen Jugend zweckzuentfremden, müssen Reemtsma und Neubauer letztlich selbst wissen.

Scheinen die „Grünen“ durch den Krieg aufgewacht und in die Realität zurückgekehrt zu sein, haben es die Anhänger der Freitagsdemonstrationen bis heute nicht verstanden: Wer pragmatisch und realistisch über die Zukunft der Energiesicherheit in Deutschland nachsinnt, wird schlussendlich zu dem Schluss kommen, dass eine innerhalb weniger Jahre umzusetzende Wende hin zu regenerativen Strom- und Wärmequellen praktisch nicht möglich ist. Jedem bleibt es unbenommen, Visionen zu hegen. Sie sind Antrieb für jedwede Veränderung und daher stets willkommen. Wer aus ihnen allerdings unreflektierte Nötigungen an die Politik ableitet, ohne sie auf Wahrscheinlichkeit und Tatsächlichkeit zu überprüfen, macht sich auf Dauer unglaubwürdig.

Selbst in der breiten Bevölkerung hat sich mittlerweile das Bewusstsein aufgetan, dass wir ohne Übergangstechnologien nicht auskommen werden. Der Traum einer Welt ohne Atomstrom und Erdöl ist legitim, aber weder bis 2030, noch allein in Deutschland zu verwirklichen.

Ich finde es durchaus verwerflich, dass „Fridays for Future“ den Ukraine-Krieg missbraucht, um ihren subtilen und wiederkehrenden Maximalforderungen in Sachen Klimaschutz Gehör zu verschaffen. Allerdings haben Pazifismus und Ökodiktat durchaus ihre Parallelen, denn sie beide scheitern an der Wahrhaftigkeit.

## Das gespielte Entsetzen

Das plötzliche und aufgeregte Entsetzen der NATO-Staaten über die „beginnende Invasion“ in die Ukraine ist entweder gespielt – oder aber ein erbärmliches Eingeständnis, bislang einer Gutgläubigkeit gegenüber Russland aufgesessen zu sein, die man als eine Illusion über die eigenen diplomatischen Fähigkeiten europäischer und amerikanischer Spitzenpolitiker und Berater attestieren muss.

Es ist angesichts des Lobgesangs der selbsternannten Krisenbezwinger in Berlin, Washington und Paris auf ihr vermittelndes Können schwer zu glauben, dass man dort wirklich auf eine friedliche Lösung dieses Konflikts gehofft hat.

Nun wird doch tatsächlich offenbar, dass Moskau die hiesige Naivität genüsslich hintertrieben hat – allerdings ist kaum jemand so verwundert darüber wie Macron, Biden und Scholz selbst.

Ihnen wurde ein Spiegel über das eigene Versagen vorgehalten, denn kaum ein Politiker dieser Welt ist verlässlicher unzuverlässig als Putin. Das hätte man frühzeitig erahnen können und wäre somit vielleicht nicht auf die Theaterinszenierung des Kremls hereingefallen.

Und so ist es ein Armutszeugnis für den Westen, aus dem Jahr 2014 nichts gelernt zu haben und darüber hinaus offenbar unfähig zu sein, das psychologische Spiel des russischen Präsidenten zu verstehen.

Wer ernsthaft auf vergiftete Angebote des Friedens und die ausgestreckte Hand des Lächelns dieses Machthabers einschlägt, während dieser hinter seinem Rücken bereits für jeden Pragmatiker sichtbar das Messer zückt, hat wohl auch darauf vertraut, dass niemand eine Absicht hatte, in Deutschland eine Mauer zu errichten.

Es ist ja nicht das erste Mal, dass Putin den Globus an der Nase herumführt.

Dennoch hat wohl selbst der deutsche Kanzler bis zum Schluss verkannt, dass sich Russland weder von Sanktionsandrohungen beeindrucken lässt, noch an der einvernehmlichen Beilegung der Ukraine-Auseinandersetzung interessiert ist.

Dabei hat die Föderation schon viele andere Strafen geschluckt, denn die Oligarchen sind auch daran nicht zu Grunde gegangen.

Sie beeindruckt die Armut in der Bevölkerung ebenso wenig wie die Aussicht auf wirtschaftliche Isolation.

Putin lebt nicht in ökonomischen Zusammenhängen, sondern lediglich in geschichtlichen Visionen. Seine Utopien einer Verschiebung von Grenzen auf die Zeit vor 1919 verkauft er dem eigenen Land als realistische und notwendige Ziele.

Dank seines autoritären Staatsverständnisses gibt es keine Medien mehr, die seine Täter-Opfer-Umkehr entlarven könnten.

Die von ihm heraufbeschworenen Ängste und Sorgen vor einer Bedrohung durch die westliche Allianz verfangen bei einer Mehrheit der Bürger letztlich auch deshalb, weil der Präsident seine verschwurbelten Irrungen und Wirrungen rhetorisch gekonnt als Wahrhaftigkeit und einzige Interpretation der sowjetischen Vergangenheit an den Mann bringt.

Es ist daher weniger schrecklich und erschütternd, dass Putin seine kaltherzige Maske abgelegt hat. Viel eher entrüstet der traurige Umstand, dass er bis heute sein wahres Gesicht überhaupt nicht erst verdecken musste.

Das ist ein Aufruf zur Gleichgültigkeit!

*Zur Abschaffung des Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche:*

Ja, ich begrüße es ausdrücklich, wenn Ärzte seriös und informativ über Schwangerschaftsabbrüche aufklären können, ohne dafür eine strafrechtliche Verfolgung befürchten zu müssen. Gleichsam halte ich die generelle Abschaffung des Paragraphen 219a im Strafgesetzbuch für falsch. Denn durch den Wegfall wird der Weg für Werbung geöffnet. Der Unterschied zwischen Edukation und Marketing kann nämlich fließend sein. Hier wäre es die Aufgabe des Gesetzgebers, klare Grenzen und Trennlinien zu formulieren.

Denn es darf auch weiterhin kein Anreiz bestehen, die Abtreibung als eine völlig normale Gesundheitsdienstleistung anzupreisen. Das ist sie nicht, denn der Eingriff bedeutet den Abbruch eines werdenden Lebens, der auch fortan gut überlegt werden muss.



Jegliche Ansinnen von linken Feministen, sogar § 218 zu streichen, ist deshalb ein Aufruf zur Gleichgültigkeit. Immerhin geht es bei diesem Thema nicht allein um das Selbstbestimmungsrecht der Frau.

Ihm gegenüber steht der Anspruch auf Leben und Unversehrtheit, auf die Würde des Menschen – und ich verstehe sie ab dem Zeitpunkt der Verschmelzung von Spermium und Eizelle als gültig. Wer in der heutigen Moderne Geschlechtsverkehr eingeht und Verhütungsmaßnahmen unterlässt, geht automatisch eine Verpflichtung zur Übernahme von Verantwortung gegenüber einem heranwachsenden Nachkommen ein.

Die wenigen Ausnahmefälle einer ungewollten Schwangerschaft (beispielsweise nach Vergewaltigung) müssen auch weiterhin zum Recht auf Abtreibung führen. Gleichermaßen bin ich dafür, dass die strenge Regelung zur obligatorischen Beratung vor einem Schwangerschaftsabbruch ebenfalls wie die bestehende Frist dafür erhalten bleibt.

Wer ihn dagegen vollständig preisgeben möchte, erteilt einer an Werten und Sinn ärmer gewordenen Gesellschaft den Freifahrtschein für unüberlegten und ungeschützten Sex, der zum reinen Ausleben von Trieben und Spaß zweckentfremdet und seiner eigentlichen Bestimmung auf Fortpflanzung vollkommen entrissen wird. Unter dem Deckmantel eines Liberalismus fungieren Aktivisten für Frauenrechte mit der klaren Maßgabe, durch ihr Credo „Mein Körper gehört mir“ jedwede Unantastbarkeit der weiblichen Eigenbestimmtheit ad absurdum zu führen. Wer Abtreibung ab dem ersten Tag nach der Empfängnis straffreich stellen will, durchbricht alle ethischen Barrieren zum Schutz des Lebens und der jeder Frau zumutbaren Verantwortlichkeit gegenüber sich, dem ungeborenen Menschen und der Gemeinschaft, die auf Nachwuchs und Fortbestand angewiesen ist. Schwangerschaftsabbrüche sind tiefgreifende Gewissensentscheidungen, welche nicht innerhalb von wenigen Stunden getroffen werden können.

Insofern muss es verboten bleiben, sie zum Nulltarif und im Vorbeigehen schmackhaft zu machen. Stattdessen muss auch künftig die „Abtreibung-To-Go“ verhindert werden und alles Bemühen darauf ausgerichtet sein, Frauen mit größtmöglicher Unterstützung vom Austragen eines Kindes zu überzeugen. Familie zu haben ist, das ist ein Geschenk – und keine Last. Für diese Tatsache sollte geworben werden!

## Es passt einfach nicht!

*Zu den Personalquerelen bei den Sozialisten:*

Mit dem Rücktritt von Susanne Hennig-Wellsow hat in der Linken der fundamentalistische Flügel in einem jahrelangen Machtkampf gesiegt. Immerhin stand die jetzt scheidende Co-Chefin für eine pragmatische und vernunftbezogene Politik, die nun allerdings von den kommunistischen, antikapitalistischen und marxistischen Teilen der überaus heterogenen Partei überstimmt wurde.

Dass die Narben der Verschmelzung auch 15 Jahre nach dem Zusammenkommen von Linkspartei/PDS und WASG weiterhin zutage treten und sich ostdeutsche Reformorientierte mit westdeutschen Ideologen bekriegen, hängt maßgeblich am immer deutlicher werdenden Umstand, dass 2007 zwei Parteien vereinigt wurden, welche schon damals nicht zusammengepasst haben. Letztlich ist es zwar nichts Besonderes, dass es in politischen Reihen Richtungskämpfe gibt.

Allerdings unterscheiden sich die Positionen der verschiedenen Strömungen bei Grünen, SPD, CDU oder FDP nicht so eklatant und grundlegend, dass man eine ständige Zerreißprobe fürchten muss. DIE LINKE steht jedoch derart unter Druck, dass eine interne Versöhnung ausgeschlossen ist. Sie besitzt nicht erst seit den aufgetretenen Missbrauchs-Vorwürfen ein massives Glaubwürdigkeitsproblem.

Die prinzipielle Uneinigkeit über die Ziele und Wege zum Erfolg wird angesichts der ungelösten Frage über die Bereitschaft zur Regierungsverantwortung ebenso deutlich wie in der bis heute schwelenden Frage nach der außen- und verteidigungspolitischen Ausrichtung. Weiterhin haben sich bestimmende Gruppen in der Partei nicht von ihrer Russland-Ostalgie verabschiedet. Die Überwindung des demokratischen Systems hin zum Realsozialismus ist für manche Anhänger weiterhin eine legitime und erstrebenswerte Option. Und selbst bei tagespolitischen Fragen wie der Haltung gegenüber Impfpflicht und Corona-Bekämpfung herrschen diametrale Gegensätze.

Dass darüber hinaus unsichtbare Strippenzieher im Hintergrund vor weltanschaulicher Verblendung nur so strotzen und die Richtung der Partei diktieren, ist einer ernstzunehmenden Kraft im deutschen Parteienspektrum unwürdig. Ohne eine erneute Spaltung wird DIE LINKE in Streit und Dissens untergehen. Ihr Ringen ums politische Überleben hat schon lange begonnen. Jedoch war sie dem Hirntod noch nie so nahe wie derzeit. Sie droht vollständig aus der Wahrnehmung und Bedeutsamkeit zu verschwinden. Wären aktuell Bundestagswahlen, dürfte ihr Wiedereinzug ins Parlament nahezu ausgeschlossen sein.

Und die Quittung mit derzeit drei bis vier Prozent an Zustimmung hätte sie wahrlich verdient. Wer Feminismus sät und Sexismus erntet, Pazifismus fordert und weiter mit Putin liebäugelt, EU oder NATO in Frage stellt und gleichsam Kuba und China als Vorbilder betrachtet, über Sternchen oder Doppelpunkte beim Sprechen diskutiert und dabei den Einsatz für die immer größer werdende Armutsschicht im Land vergisst, dem fehlt es zu Recht an jeder Authentizität und Rückhalt.

## Des Genders Grenzen...

Mittlerweile scheint man sich auch in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Gedanken darüber zu machen, wie man dem Trend einer gendergerechten Sprache begegnet. Während in vielen Privatsendern eine geschlechterspezifische Ansprache bereits entfallen ist und stattdessen mit allgemein gehaltenen Floskeln aus „Hallo“ und „Tschüss“ begrüßt wird, tut man sich damit im „Ersten“ wohl noch schwer – was der scheinbar einmalige Versuch von Chefsprecher Jens Riewa in der „Tagesschau“ deutlich gemacht hat. Obwohl das generische Maskulinum über Jahrhunderte überlebt und lange Zeit auf wenig Kritik gestoßen war, hat in den vergangenen Jahren die Diskussion um pluralistische Ausdrucksweisen an Fahrt aufgenommen. Wissenschaftler sind der Überzeugung: Wenn wir in der Sprache Geschlechtervielfalt bewusst ausdrücken, sollen gerade bei jungen Menschen die Synapsen im Gehirn davon profitieren und von frühem Alter an lernen, dass Diversität zur Normalität gehört.

Diesem hehren Ansinnen steht aber gleichsam die Notwendigkeit zur Verständlichkeit von Gesprochenem und Geschriebenem gegenüber. Inwieweit Texte mit Doppelpunkten, Sternchen und Binnen-I noch flüssig vorgetragen oder wahrgenommen werden können, ist fraglich. Viel eher gerät sie ins Stocken, lässt den Hörer und Leser letztendlich grübeln. Das mag nicht schlecht sein, animieren solche Pausen doch zum Nachdenken über die Sinnhaftigkeit von Genderisierung.

Gleichsam unterbrechen sie das gleichmäßige Vortragen oder Lesen und fördern Verständnisschwierigkeiten. Und so wird mit manch gutgemeintem Anliegen der Verweiblichung von Sprechweise und Formulierung eine Verrohung von deutscher Sprache betrieben. Dass die Würdigung der unterschiedlichen Geschlechter im 21. Jahrhundert notwendig ist und sinnvoll erscheint, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich auch „Duden“ und Sprachwissenschaftlicher mit merkwürdigen und eigentümlichen Sonderzeichen à la „:“ oder „\*“ innerhalb von Worten überaus schwertun.



Zweifelsohne kann der maßvolle Einsatz des „-in“ als Kompromiss gesehen werden: Liebe Leserinnen und Leser, wir sollten und an eine Sprache gewöhnen und ihr Vorschub leisten, die Bürgerinnen und Bürger im Geschlecht würdigt, es aber bei Menschinnen und Menschen nicht übertreibt. Schließlich ist das Deutsche durch zahlreiche Baustellen gefordert: Noch immer bricht Marmor, Stein und Eisen – und verzichtet auf die Pluralform des zugehörigen Verbes.

Und nicht nur des Nachts ersetzen Nominativ und Dativ den Genetiv. Und ob sich ein Kasus, Numerus und Genus auf einen Interrogativartikel oder das Substantiv beziehen – das spielt ohnehin kaum noch eine Rolle. Wenn im Sprachgebrauch aus Kilogramm nur noch „kg“ und bei den Uhrzeiten aus 20 Uhr 15 lediglich 20 15 übrigbleibt, wird die deutsche Sprache zu einer Dauerbaustelle, der es an Aufmerksamkeit bedarf.

## Deutschland darf auch in Kriegszeiten nicht erpressbar sein!

Kann sich ein Land im Krieg aussuchen, welche Staatsgäste es gerne empfangen würde? Nach der Ausladung von Bundespräsident Steinmeier durch die Führung in Kiew hat sich die Bundespolitik zunächst bedeckt gegeben und versucht, den deutlichen Affront nicht zu sehr an die große Glocke zu hängen.

Immerhin seien die Nerven bei den Ukrainern verständlicherweise blank, deshalb dürfe man der Erklärung von der Regierung dort nicht zu viel Bedeutung beimessen und müsse Nachsicht für die Degradierung unseres Staatsoberhauptes zur Persona non grata zeigen. Politologen deuteten das Vorgehen von Selenskyj nicht nur als Zeichen der Missachtung von Steinmeiers früherer Diplomatie mit Russland, sondern auch als klare Ansage, man wolle in der Ukraine den Kanzler sehen, der Geschenke mitbringen könne und ein politisch Handlungsfähiger sei.

Da der deutsche Präsident ausschließlich repräsentative Zwecke erfüllt und lediglich ein Signal der Solidarität hätte setzen können, verzichtete man in Kiew wohl dankend auf bloße Gesten.

Doch kann sich die Bundesrepublik bei allem Mitgefühl mit der dramatischen Lage des ukrainischen Volkes erpressen lassen? Die Aktion war zumindest insofern als völlig kontraproduktiv und nicht zielführend anzusehen, als dass sich Olaf Scholz nach solch einem Eklat auf absehbare Zeit wohl kaum auf den Weg nach Kiew machen wird.

Damit würde er Steinmeier in den Rücken fallen und echauffierte seinen SPD-Kollegen (er bleibt auch als Bundespräsident weiterhin ein Genosse, auch wenn das Parteibuch ruht). Zudem: Scholz war – wie Steinmeier – schon früh an der Russland-Politik Deutschlands beteiligt. Bereits unter Gerhard Schröder wurden die engen Beziehungen nach Moskau geschmiedet. Beide Sozialdemokraten gehörten dem Kabinett Merkel an.

Insofern scheint die Vorgehensweise Selenskyjs nicht wirklich durchdacht und vollends inkonsequent. Sein Handeln konterkariert zudem seine Wünsche.

Denn hinter vorgehaltener Hand erfährt man aus Berlin, dass die Bereitschaft Deutschlands, unter dem Aspekt der Zurückweisung des höchsten Repräsentanten der Bundesrepublik weitere Unterstützung für die Ukraine zu leisten, nicht steigen dürfte.

Ob es nach dieser Abfuhr aus Kiew schwere Waffen für die ukrainischen Streitkräfte geben wird, scheint angesichts der diplomatischen Eskalation noch ungewisser denn je. Denn auch wenn man in der deutschen Hauptstadt krampfhaft versucht, als Ukraine-Versteher die Botschaft Selenskyjs nicht zu hoch zu setzen, ist es in Wahrheit ein nahezu beispielloses Geschehen, dass ein deutscher Bundespräsident im Ausland nicht willkommen geheißen wird.

Solch eine Watsche ist zwar einerseits Ausdruck von Verbitterung und Verärgerung der Ukraine über die Bremse Deutschlands in Sachen Sanktionen und fehlender Rüstungsexporte. Andererseits käme sie in Friedenszeiten einer Verunglimpfung gleich, die eine massive Abkühlung der Beziehungen zwischen beiden Ländern bedeutete. Sowohl Selenskyj, aber auch sein Botschafter in Deutschland, haben die Rhetorik in den letzten Wochen verschärft.

Es entspricht nicht den bilateralen Gepflogenheiten zweier Nationen, dass sich ein Vertreter der Ukraine in der Bundesrepublik derart heftig in die Tagespolitik einmischt, wie es derzeit Melnyk tut. Natürlich ist in Zeiten des Krieges alles anders und es ist menschlich nachvollziehbar, dass die Bilder aus Butscha oder Mariupol zu einer völligen Verzweiflung der Ukraine beitragen. Doch wenn manch einem Militärstrategen lauschte, hörte man, dass der Konflikt keine wirklich andere Kategorie dar als andere Kriege in der jüngeren Vergangenheit darstelle.

Lediglich der Umstand, dass die Gräueltaten nicht mehr im Irak, Syrien, Tschetschenien, Georgien oder im Kosovo geschehen, sondern nun bedrohlich nah an die Europäische Union herangerückt sind, dürfte nicht zu unterschiedlichen Bewertungen menschlichen Leids führen. Und deshalb gelten auch jetzt trotz aller Dramatik gewisse Spielregeln.

Das „Wünsch dir was“ aus Kiew nimmt mittlerweile groteske Züge an. Der Slogan von der Verteidigung Europas Freiheit hat schon am Hindukusch nicht wirklich funktioniert und wurde ab absurdum geführt. Wieso soll er jetzt am Donbass gelten?

Natürlich bleiben unter der Hilflosigkeit des ukrainischen Präsidenten Pathos und Zuspitzung legitim. Doch der Westen darf sich auch von noch so tragischen Eindrücken nicht zu unüberlegtem Handeln verleiten und auf sämtliche Forderungen Selenskyjs eingehen lassen.

Zwar ist die Abwägung, weitere zehntausende Tote und Millionen Vertriebene zu riskieren – oder jegliche Waffenarsenale Deutschlands zur Verteidigung und Verpuffung in der Ukraine einzusetzen, eine ethisch möglicherweise sogar eindeutige. Doch friedenspolitisch wird es keinen Sinn machen, immer weiteres Material ins Feuer zu werfen. Auch wenn wir gemäß der Verträge der Vereinten Nationen zu Beistand mit der Ukraine befähigt sind, muss das nicht letztlich bedeuten, jedwedes pazifistisches Ansinnen über Bord zu werfen.

Auch wenn ich weder Steinmeiers frühere Naivität gegenüber Putin gutheißen kann, noch die Tatenlosigkeit des aktuellen Bundeskanzlers verstehe, verstören mich die immer neuen Videobotschaften des ukrainischen Präsidenten doch sehr. Seine Anwürfe und die Bemühungen in alle Richtungen, gerade der EU und den NATO-Partnern ein schlechtes Gewissen einreden zu wollen und sie in moralische Geiselnhaft zu nehmen, müssen scheitern.

Immerhin ist es vor allem nicht Deutschlands vorrangige Aufgabe, in einen Stellvertreter-Krieg einzugreifen, der sicherlich nicht auf eine fehlgeschlagene Außenpolitik von Steinmeier zurückgeführt werden kann.

Dass Melnyk über die sozialen Medien zu diktieren versucht, was die Ukraine von der Bundesrepublik erwartet, ist auch unter den schrecklichen Impressionen aus der Ostukraine nicht haltbar. Mit der Ansage aus Kiew, quasi Deutschland zum ungebetenen Gast zu erklären, hat sich Selenskyj nicht nur ins eigene Fleisch geschnitten.

Er wird damit sicherlich nun auch die bisher doch überwiegende politische Solidarität der Bundesbürger und der Parteien mit der Ukraine ins Wanken bringen.

Aus humanitären Gesichtspunkten wird die Bundesrepublik ein verlässlicher Helfer bleiben. Aber die Bereitschaft zur uneingeschränkten Befürwortung von Ukraines Politik könnte schwinden.



Es mag diplomatisch angebracht sein, die entstandene Situation im Hintergrund aufzulösen. Normalerweise wären eine Einbestellung des Botschafters und eine Protestnote angemessen gewesen.

Dass nun kein Aufheben über Kiew Aussagen gemacht werden soll, dient sicherlich vor allem dem Umstand, Putin keinen Eindruck von einer bröckelnden Wand gegen seinen völkerrechtswidrigen Angriff zu liefern. Trotzdem werden von der Haltung der Ukraine Wunden und Narben in der zwischenstaatlichen Verbundenheit beider Länder zurückbleiben. Ob es Selenskyj bewusst war, dass er mit seinem Agieren einen Keil in die Geschlossenheit zwischen dem Westen und der Ukraine getrieben hat, wird man wohl erst in den kommenden Tagen endgültig wissen. Klug war seine Entscheidung zur Ablehnung Steinmeiers sicher nicht. Taktisch gesehen ist alles Gift, was Moskaus Vision von Spaltung der Brücke aus Europäischer Union, NATO und der Ukraine befördert.

Zwar wird der Bundespräsident nicht nachtragend sein, aber wie soll ein Bundeskanzler nach einem derartigen Fauxpas noch zu vertrauensvoller Zusammenarbeit mit Kiew bereit sein, ohne innenpolitisch das Gesicht zu verlieren? Die Hoffnung Melnyks und der ukrainischen Regierung, einen Besuch von Scholz mit vollen Taschen an Waffen und Geld herbeiführen zu können, ist kläglich zerplatzt und dürfte zumindest in den nächsten Wochen nicht erfüllt werden. Da nutzen auch die vorgeschobenen Bemühungen von Schadensbegrenzung nicht weiter.

Von wegen:

„Der Markt wird's schon richten!“

Besonders die Freien Demokraten lassen nichts auf die Marktwirtschaft kommen. Sie sind der Überzeugung, dass sich Ökonomie von selbst reguliert.

Entsprechend zurückhaltend ist gerade die FDP, wenn es aktuell darum geht, die galoppierende Inflation mit politischen Maßnahmen zu bekämpfen.

Stattdessen vertraut man darauf, dass der Markt die Preise von alleine wieder zum Sinken bringen wird. Doch nicht umsonst forderten bereits Wirtschaftswissenschaftler aus den vergangenen Jahrhunderten, dass die Balance verschiedener ökonomischer Ziele auch durch das explizite Intervenieren von außen gewährleistet werden muss.

Art. 109 Abs. 2 Grundgesetz bestimmt ausdrücklich, dass dieses Gleichgewicht von Bund und Ländern aufrechterhalten werden muss. Das Stabilitätsgesetz normiert diesen Leitsatz obendrein.

Insofern sind Politik, Banken und Sozialpartner entsprechend dazu aufgerufen, sich für einen hohen Beschäftigungsstand, außenwirtschaftlichen Ausgleich, angemessenes Wachstum und ein stabiles Preisniveau einzusetzen. Gerade letztere Aufgabe fällt der „Ampel“-Koalition momentan offenbar sehr schwer. Die Regierung stellt zwar beständig fest, dass die Kosten steigen. Wesentliche Eingriffe sieht sie allerdings nicht vor. Stattdessen hofft man auf ein Handeln der Zentralbanken wie der EZB, deren Kerngeschäft es ist, Inflation bei einem maximalen Wert von zwei Prozent zu halten. Doch statt Zinsen anzupassen, pumpt sie weiterhin Unmengen Geld in den Kreislauf. Ihr Nichtstun im Blick auf die explodierenden Preise gleicht einer Arbeitsverweigerung.

Spätestens in diesen Zeiten wird uns klar: Die neoliberale Ansicht, man könne die Marktwirtschaft schon machen lassen, funktioniert offenbar nicht. Zugespitzt könnte man gar sagen: Ihr Konzept ist gescheitert. Doch wer in Deutschland nach Maßnahmen zur Preisregulierung ruft, wird sogleich in die sozialistische Ecke geschoben.

Dabei machen es Nachbarländer vor: Dort existieren Aufsichtsbehörden, die nicht erst bei einer augenscheinlich erkennbaren Monopolisierung oder Kartellen die Notbremse ziehen. Stattdessen sind sie befähigt, im Zweifel Preisdeckel zu verhängen und bereits bei Anzeichen von geringsten Absprachen unter Konzernen mit saftigen Strafen durchzudringen.

Bei uns widerspricht solch ein Vorgehen den Idealen des kapitalistischen Systems: Abwarten und Tee trinken – das scheint insbesondere bei Finanzminister Lindner die Devise. Ihm dürfte es auch nicht schwerfallen, von einem Tag auf den nächsten locker 10 % mehr für das Brot und den doppelten Preis für ein Stück Butter zu bezahlen. Die Beteuerungen, es handele sich bei der momentanen Inflationsrate um eine vorübergehende Erscheinung und sie werde bei einem Abflauen der Kämpfe in der Ukraine wieder absinken, sind wenig glaubhaft. Die Preissteigerungen waren bereits vor Beginn des Krieges spürbar, weil Lieferketten gestört und Produktionsprozesse behindert waren.

Natürlich kann eine deutsche Bundesregierung wenig gegen ein rückläufiges Angebot bei gleichbleibender oder gestiegener Nachfrage tun. Aber es gibt auch noch andere Stellschrauben.

Zwar könnte man davon ausgehen, dass im Augenblick eine restriktive Fiskalpolitik nötig wäre, um die nahezu in Hamsterkäufe übergehende Kauflaune der Deutschen abzusenken. Doch wenn dem antizyklischen Gedanken der Konjunkturpolitik Folge geleistet wird, sind es gerade jetzt expansive Maßnahmen zum Abfedern eines zu erwartenden Abschwungs, der in seinem Ausmaß einmalig nach dem Zweiten Weltkrieg sein dürfte. Es liegt also am Kabinett Scholz, neben dem Gedanken einer staatlichen Preisaufsicht auch jenen der Vermögenssteuer wieder aufzugreifen. Daneben sollten hohe Einkommen zur Bewältigung der Krise herangezogen und stärker belastet werden, während niedrige und mittlere Löhne in der Abgabenlast deutlich befreit werden müssen. Eine zumindest die Tendenz der Inflation aufgreifende Erhöhung der Sozialleistungen scheint überdies unabdingbar.

Aber gleichwohl sind auch die Unternehmen gefragt: Sie sind angehalten, neue Ressourcen zu erschließen und Produktionsmittel anderweitig zu besorgen. Daneben sind die über viele Jahre gestiegenen Gewinne und Profite nun zu investieren, um Abhängigkeiten zu überwinden und einen Beitrag zu leisten, Engpässe in der Herstellung von Waren und Gütern zu verringern. Zudem stehen sie in der Pflicht, Einnahmenüberschüsse in Form von Lohnsteigerungen an die Arbeitnehmer weiterzugeben. Hier wie dort ist die Ambition der „Schwarzen Null“ angesichts einer drohenden Weltwirtschaftskrise auf ihre Sinnhaftigkeit zu überprüfen und eine kreditfinanzierte Erhöhung der Staatsausgaben anzustreben. Die Verantwortung, Massenarbeitslosigkeit und eine verheerende Armutswelle abzuwenden, obliegt nun allen am Wirtschaftsgeschehen Beteiligten. Eigentlich wäre das die Stunde eines erfahrenen Finanzpolitikers und liberalen Parteivorsitzenden. Ob er die Chance zur Profilierung nutzen wird, ist aus ideologischen Gründen sehr fraglich...

## Der „Veggie“-Bürger als Feigenblatt!

„Nachhaltigkeit“ – das Wort wird in Zeiten von „Fridays For Future“ und einer zunehmenden Ökologisierung sehr inflationär gebraucht. Zunächst einmal kann man davon ausgehen, dass eine „nachhaltige Lebensweise“ perspektivisch und mit Weitblick ausgerichtet ist. Sie beschränkt sich aber nicht allein auf Aktionismus von Umweltschutz oder Klimabewegung. Viel eher ist neben dem Aspekt eines ressourcenschonenden Verhaltens gleichsam auch die Sinnhaftigkeit des persönlichen Tuns für Erfolg und Begründbarkeit von Nachhaltigkeit heranzuziehen. Es geht also nicht allein um die Generationenfrage. Zwar haben wir als Menschen den Auftrag, die Welt auch an die Nachkommen lebenswert zu hinterlassen. Dieser moralische Motor kann einerseits aus der religiösen Überzeugung erwachsen, wonach uns der Erdball von einem Gott lediglich zur Bewirtschaftung geschenkt ist und auch morgen noch zumindest in „Second Hand“-Qualität übergeben werden soll.



Daneben kann es die ethische Verpflichtung sein, mit einem übereigneten Gut prinzipiell nicht ausbeutend, sondern verantwortungsvoll umzugehen. Dies gebietet allein der über die Völker hinausgehende Grundsatz von Gerechtigkeit und Solidarität, weil wir dem Umstand ins Auge sehen müssen und dürfen, dass uns diese Welt nicht alleine gehört. Ob nun christliche oder humanistische Beweggründe für unser Agieren ausschlaggebend sind:

Nachhaltigkeit tun wir in erster Linie für uns selbst. Denn wir stehen während unseres Hierseins in der Verpflichtung zu Bescheidenheit. Es geht nicht um die Frage, ob genügend für mich da ist, sondern ob das Vorhandene für uns alle ausreicht. Schlussendlich kommen wir nicht um die Tatsache umhin, dass wir eine Gemeinschaft von Milliarden sind, für deren Wohl auch ich selbst zu sorgen habe.

Abgesehen von der tugendhaften Notwendigkeit, sich zwischenmenschlich mitfühlend zu zeigen, hat das sich und Anderen gönnende Agieren auch ganz praktische Anreize:

In einem Zeitalter der Arbeitsteilung könnten wir als isolierte Lebewesen überhaupt nicht existieren. Wir brauchen die Schaffenskraft und Innovation des Gegenübers, damit er für sich haushalten kann – und wir selbst nicht hilf- und mittellos sind. Das „Geben“ und „Nehmen“ ist eine allzu obligatorische wie sinnreiche Übereinkunft in einer Solidargemeinschaft, in die wir als Menschen nun einmal gesetzt sind – und aus der wir, aus durchaus guten Gründen, nicht entfliehen können.

Dieser Zwang zur Zwischenmenschlichkeit mag abhängig machen und die eigene Freiheit zweifellos tangieren. Letztlich führt er aber auch zur Erkenntnis: Nachhaltiges Wirken heute ist nicht nur für die Menschen der Zukunft elementar. Auch für uns ist es gleichsam existenzsichernd und für die Sicherung des Weiterlebens der Menschheit unabdingbar, wenn wir mit dem Gegebenen sparsam umgehen. Denn mit der „Ich“-Bezogenheit der Gegenwart würden wir schnell auf verlorenem Posten stehen, denn das Fakt der Endlichkeit kann früher eintreten als gedacht.

Deshalb bedeutet Nachhaltigkeit schlussendlich auch, auf Bio-Lebensmittel, Windenergie oder Artenvielfalt nicht nur für ein besseres Gewissen zu setzen. Stattdessen geht es nicht um unser Ego, das wir aufhübschen können, wenn wir plakativ für erneuerbare Energien demonstrieren oder vegan essen.

Ausnahmsweise geht es um etwas Größeres: Nachhaltiges Denken und Handeln lehrt uns Demut vor Schöpfung und der Selbstverständlichkeit des Verfügbaren und Verwertbaren, das wir leichtfertig verpulvern und verbrauchen, weil wir uns dessen Wert nicht bewusst sind.

Ob nun durch Abholzung von Regenwäldern, Ausrottung von Elefanten, Zerstörung von Landflächen durch Krieg und Überdüngung, Nutzung von Braunkohle und kiloweises Verdrücken von Rindfleisch: Wir leben im Fokus der Kurzlebigkeit und sprechen uns übermenschliche Kräfte und Rechte zu, denn wir sind der Auffassung, dass wir die einzige Generation sind, der der Schatz der Erde zusteht.

Nachhaltigkeit zu praktizieren, es ist daher vor allem ein ganz pädagogischer Auftrag, die menschliche Gier zu zähmen und das selbstzerstörerische Verhalten unserer eigenen Spezies nicht aus ideologischem Antrieb und weltanschaulicher Gepflogenheit einzudämmen – sondern, weil wir den transhumanistischen Reiz der Vollkommenheit und die scheinbare Unantastbarkeit des Menschen überwinden müssen.

Denn ließen wir sie gewähren, ist schon bald „Schicht im Schacht“. Wir entziehen uns die Lebensgrundlage, weil wir nicht bis zum Übermorgen denken können und wollen.

Es soll mir jetzt gutgehen, was interessieren mich die Rahmenbedingungen für das Dasein unserer Kinder.

Egozentrismus ist unser größter Feind, weshalb wir Nachhaltigkeit auch nicht als Monstranz auf Freitagsdemonstrationen vor uns hertragen und sie reflexartig, panisch und mit erhobenem Zeigefinger verordnen sollten.

Ein Umdenken kann nur durch Einsicht gelingen, deshalb ist es unsere Aufgabe, tiefreichende Zusammenhänge zwischen der unmittelbaren Betroffenheit eines misanthropischen, flüchtigen Denkens und Wirkens klar zu machen und daneben auf den Mehrwert eines umsichtigen Handelns jenseits des positiven Bewusstseins hinzuweisen. Nicht derjenige, der den sozial-ökologischen Wandel am lautesten ausruft, wird auch besonders authentisch nachhaltig leben.

Im Gegenteil: Erst dann, wenn es selbstverständlich wird, den Regler der Heizung um zwei Punkte zu senken – nicht, weil es der Staat vorgeschrieben hat, sondern weil man auch mit 18 Grad Raumtemperatur zufriedenstellend wohnen kann –, ist Nachhaltigkeit zur Normalität geworden – ohne einschneidende Restriktion, sondern mit Verstand und Weitblick für das Machbare. Nachhaltigkeit ist überall dort möglich und notwendig, wo ein Weniger und Anders genügt, um zumutbaren Wohlstand für jeden erreichen zu können.

## Zwischen furchtsamem Abwarten und dilettantischer Schockstarre...

Furchtsamkeit lähmt – das sollten gerade die ängstlichen Deutschen wissen, die schon während Corona immer wieder dazu neigten, mit überbordender Sorge wie gefesselt vor den Problemen stehen zu bleiben, statt proaktiv zu handeln.

Daher nutzen auch die jetzigen Bedenken von Bundeswirtschafts- und Bundesfinanzminister vor einer drohenden Armut und einem Abbau des Wohlstands in Deutschland nicht.

Habeck und Lindner sind letztlich nicht im Amt, um vor herannahenden Schwierigkeiten zu warnen – das übernimmt bereits Prof. Lauterbach in grandioser Art und Weise.

Wir benötigen auch keinen philosophischen Vortrag über die Gefahren einer drohenden Rezession, sondern klare Ansagen, was angesichts der Entwicklung getan werden kann.

Machtlosigkeit besteht nämlich keinesfalls, denn schon im Gemeinschaftskundeunterricht haben wir gelernt, dass der Politik durchaus diverse Instrumente zur Verfügung stehen, um einer Kostenexplosion und einem Abschwung entgegenzuwirken und die Gesellschaft vor einer galoppierenden Preissteigerung zu bewahren. Die Tatenlosigkeit der Zentralbanken ist ein Manko dieser Zeit.

Gleichsam trägt aber auch die insbesondere durch die Liberalen wie eine Monstranz hofierte Ideologie des stilisierten Neoliberalismus nicht dazu bei, ins magische Vieleck der Volkswirtschaft einzugreifen. Preisniveaustabilität kann nicht nur durch eine Erhöhung der Zinsen erreicht werden, sondern gerade in Krisenzeiten auch durch Lohn- und Preiskontrolle. Dass vor allem die FDP mit manch Hayek'schem Anhänger gegenüber staatlichen Interventionen prinzipiell skeptisch ist, überrascht wohl niemanden. Gleichsam beeindruckt die Sprachlosigkeit des grünen Wirtschaftsministers schon.

Es ist die Aufgabe keines Politikers, den Abschwung nur zu verwalten. Wo sind die Konzepte für eine antizyklische Fiskalpolitik?

Es braucht jetzt eine expansive Strategie, ein Beharren auf der „Schwarzen Null“ ist falsch. Stattdessen wäre es an der Zeit, die Freien Demokraten zu überstimmen und sich endlich für eine Vermögenssteuer und die schrittweise Anhebung der Einkommenssteuer für Großverdiener stark zu machen, während die übrigen Verbrauchs- und Ertragssteuern sukzessive gesenkt werden müssen. Investitionen sollten gerade jetzt getätigt werden, trotz aktuell noch fallender Arbeitsmarktzahlen sind Beschäftigungsprogramme präventiv aufzulegen. Die Schwerpunktverschiebung der monetären Ausgaben auf den Verteidigungshaushalt und das Sondervermögen für die Bundeswehr mag sicherheitspolitisch nachvollziehbar sein. Wirtschaftsethisch wird es besonders dann prekär, wenn diese Förderung zulasten und Streichung von Sozialleistungen gehen.



Appelle für ein isoliertes Tempolimit und Aufrufe zum Energiesparen sind ein Offenbarungseid, solange sie als singuläre Maßnahme stehenbleiben. Besonders dann, wenn ein „gelber“ Finanzminister in Würden ist, sollte man durchaus ein ökonomisches Gesamtkonzept der Regierung erwarten können. Stattdessen sehen wir, wie die Koalition als Kaninchen vor der Schlange sitzt. Couragiertes Agieren sieht anders aus. Warnungen vor gesellschaftlichen Unruhen und sozialer Aufruhr sind Zeugnis von Tatenlosigkeit, die sich im Augenblick niemand leisten kann. Wenngleich die Situation so ernst wie seit langem nicht mehr ist, wissen wir doch auch aus anderen Krisen, wie man Stabilität zurückerlangt.

Während sich Ölkonzerne und Energielieferanten mit satten Gewinnen genüsslich zurücklehnen, plätschert Habeck mit einer Befugniserweiterung des Kartellamts vor sich hin. Auch wenn das „Ampel“-Bündnis noch nicht lange in Verantwortung ist, gehören ihm durchwegs erfahrene Politiker an.

Von ihnen kann erhofft werden, nicht allen Ereignissen lediglich reaktiv hinterherzuhinken und nur Schadensbegrenzung zu betreiben. Sie müssen jetzt vor die Welle kommen, sie sollten ihre Bewährungsprobe nutzen.

Das Nötige tun,  
dem Möglichen widerstehen...

*Zur Diskussion über den Datenschutz in  
Zeiten des technisch Machbaren:*

Die noch recht neu im Amt befindliche „Ampel“-Koalition ist in nahezu allen Politikgebieten durchaus in der Lage, lange verschleppte Reformen endlich auf den Weg zu bringen.

Denn sie verbindet im Gegensatz zu vorherigen Bündnissen verschiedene Flügel und Ideologien miteinander, die somit ein Handeln nicht nur auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner möglich machen, sondern tatsächlich weitreichende Transformationen anstoßen können.

Dies gilt auch für den Bereich der Digitalisierung und des Datenschutzes, welche im neuen Regierungsvertrag nicht zuletzt aufgrund des Drängens der Liberalen einen ganz wesentlichen Stellenwert erhalten und weiterentwickelt werden sollen. Doch wohin geht die Reise?

Mit dem Anteil der FDP als einer Verteidigerin der Freiheits- und Persönlichkeitsrechte einerseits, dem Anspruch der „Grünen“ zum Schutz der Bürgerrechte und der vermittelnden Position der SPD mit dem Wunsch nach einem angemessenen Spielraum des Staates zur Aufrechterhaltung von innerer Sicherheit und Reglementierung andererseits, sind zwar die Vorzeichen für schwierige Verhandlungen schon jetzt durchaus gesetzt.

Allen beteiligten Parteien ist allerdings der Wert sensibler Daten von deutlich größerem Ansinnen als der bisher an der „Großen Koalition“ mitwirkenden CDU/CSU.

Zweifelsohne hat man im Koalitionsvertrag recht, wenn beispielsweise die DSGVO als ein wesentliches Rüstzeug und als Rahmen für künftige Einzelgesetze angesehen wird.

Gleichermaßen hat sich das Regelwerk auch Jahre nach seinem Inkrafttreten noch an vielen Stellen als wenig praxisnah herausgestellt.

Die Diskussion darüber, wie größtmögliches Abschirmen von persönlichen Daten als grundgesetzlicher Auftrag mit dem Wunsch, das Leben durch Erfassung, Speicherung und den Austausch solcher Persönlichkeitsmerkmale einfacher gestalten zu wollen, erfordert insofern Feingefühl und muss abgewogen stattfinden. Denn die Offenherzigkeit der Menschen, mit ihren ureigenen Angaben immer öfter hausieren zu gehen und sie in sozialen Netzwerken einer breiten Öffentlichkeit unbedacht zur Verfügung zu stellen, ist tendenziell schon wieder rückläufig. Stattdessen haben die verschiedensten Skandale um die Zweckentfremdung von Daten durch Internetgiganten zu einem gesellschaftlichen Umdenken und einer neuen Selbstkritik in der Haltung der Bevölkerung gegenüber den eigenen Ansprüchen beigetragen. Zweifelsohne: Datenschutz muss an den geeigneten Stellen Hürden aufstellen, um in einer modernen Welt aus Datenfluten die missbräuchliche Nutzung sensibler Informationen auf ein vertretbares Maß zu reduzieren.

Gleichsam dürfen Datenschutzgesetze gerade in heiklen und non-profitablen Bereichen nicht zu einer derart ausgefertigten Bürokratie führen, dass wirksames Arbeiten mit notwendigen Daten verunmöglicht wird. Und so sind Forderungen von Vereinen und gemeinnützigen Organisationen nach Entlastungen im Datenschutz nachvollziehbar.

Unmissverständlich zurückgewiesen werden müssen dagegen Überlegungen auf europäischer Ebene, die Erfassung von biometrischen Komponenten weiter zu forcieren und deren Sammlung in Datenschutzbanken sogar zu zentralisieren.

Ohnehin: In der Strafverfolgung und unter dem Vorwand der inneren Sicherheit darf es nicht zu weiteren Beschneidungen der persönlichen Integrität kommen. Im Zweifel muss das Verfassungsgericht dort auch künftig Grenzlinien ziehen, denn die Datensammelwut kann sogar auf die Meinung der Parteien übergreifen, die bislang als Bollwerk im Schutz vor dem gläsernen Bürger galten.

Letztendlich hoffe ich, dass es sich die neue Koalition mit manch exekutiver Entscheidung, bei der es um die Daten von uns allen geht, deutlich schwerer tut als die „Durchwink“-Koalition aus Union und SPD der Vergangenheit, die viele Brüsseler Vorgaben unkommentiert passieren ließ. Dass Digitalisierung hilfreich sein kann, beweist die Lehre aus der aktuellen Corona-Pandemie deutlich:

Wir hätten uns an vielen Stellen leichter getan und sicher manches Leben retten können, wenn Deutschland bereits stärker vernetzt gewesen wäre. Doch auch bei dieser Forderung darf es – wie bei jeder politischen Intervention – keine einfachen Antworten geben:

Solange Datenverarbeitung im Verhältnis steht und überdies einer Mehrheit der Menschen zum unmittelbaren Nutzen ist, kann sie ein Segen sein. Gleichermaßen wird sie zum Fluch, wenn nicht mehr das Nötige zu ihrer Regulierung getan, sondern die Gier nach Machbarem selbstredend überwiegt.

## Innovation statt Restriktion!

Ja, ich begrüße grundsätzlich auch weiterhin das Engagement vieler junger Menschen, sich weltweit für eine ökologische Wende einzusetzen. Gleichwohl irritiert mich die Instrumentalisierung des Krieges durch „Fridays for Future“ für die eigenen Anliegen: Natürlich müssen wir langfristig von den fossilen Energieträgern losgelöst werden. Wer allerdings den sofortigen Stopp von russischen Öl- und Gaslieferungen unter dem Deckmantel der Ukraine-Krise fordert, nutzt eine abscheuliche Invasion mit all ihren Folgen für lobbyistische Zwecke.

Es fehlt der Umweltbewegung weiterhin an jeglicher Form des Pragmatismus. Natürlich sind die Ideale einer schnellstmöglichen Klimaneutralität berechtigt und gleichermaßen nachvollziehbar.

Allerdings mangelt es Thunberg, Neubauer und anderen Vertretern insofern an Glaubwürdigkeit, als dass sie auch weiterhin nicht in der Lage erscheinen, realistische Szenarien des Umstiegs zu zeichnen.



Dazu gehört unter anderem die Berücksichtigung der Sozialverträglichkeit einer Abwendung von Kohle und Atomstrom. Daneben aber auch praxisnahe Alternativen.

Ob Elektroautos, Fernwärme oder Photovoltaikanlagen: Sie sind längst nicht überall einsetzbar und für jeden alltagstauglich. Wir brauchen mehr Anstrengungen in Wissenschaft und Forschung, um schnellstmöglich Speicherfähigkeit und Infrastrukturen ausbauen zu können. Der überhastete Rückzug aus bisherigen Energieträgern allein birgt nicht nur die Gefahr von Wohlstandsverlust, sondern auch zunehmender gesellschaftlicher Verwerfungen. Dass sich gerade die Vorreiter der Klimabewegung mit ihren satten Vermögen um diese Aspekte nur wenig Gedanken machen, ist letztlich bezeichnend.

Der Erderwärmung muss mit mehr Nachdruck, aber gleichsam nicht nur mit der Vision von bloßem Verzicht begegnet werden.

Mit Kasteiung allein gewinnen wir keine Herzen und Verstand. Stattdessen darf es nicht nur um die Frage gehen, wie wir unabhängig werden, sondern ob es uns gelingen kann, einen veränderten Lebensstil schmackhaft zu machen, der sowohl von einem nachhaltigen und umsichtigen, keinesfalls aber nur von einem enthaltsamen Ansporn getrieben wird.

Wir sind Gewohnheitstiere und tun uns entsprechend schwer mit Veränderung. Doch Trägheit allein lässt sich mit dem immer weiter steigenden Ausstoß von Treibhausgasen nicht vereinbaren. Deshalb sind Anreize nötig, die Sicherheit und qualitative hohe Existenzstandards bewahren, aber auch den Anforderungen an ein verantwortungsvolles Miteinander des 21. Jahrhunderts gerecht werden. Wir müssen nicht alles Liebgewonnene über Bord werfen, sondern uns neu erfinden.

Die nächste Generation wird ihr Dasein nicht daran messen, wie viel Abstinenz wir gelebt haben, sondern ob wir innovative Vorreiter für die Zukunft waren.

## Pandemie-Fixierung

*Zur Zukunft der Gesundheitspolitik unter  
Minister Lauterbach:*

Es wirkte einigermaßen grotesk: Während die Spitzen der „Ampel“-Parteien Entlastungen für die Bürger aufgrund der massiv gestiegenen Energie- und Verbraucherpreise verkündeten, wurde gleichzeitig bekannt, dass der Bundesgesundheitsminister die Versicherten in der gesetzlichen Krankenkasse im kommenden Jahr drastisch zur Kasse bitten will. Die Defizite belaufen sich dann auf zweistellige Milliarden-Beiträge – und kurzerhand wird den Menschen ein Großteil der finanziellen Erleichterungen an der Zapfsäule oder in der Steuererklärung wieder genommen. Doch wieder einmal trifft es nur ausgewählte Kreise: Gerade die Mittel- und Geringverdiener, die von Lindners Plänen einer Energiepauschale nur bedingt profitieren, werden die Beitragserhöhungen bei der GKV besonders zu spüren bekommen.

Die Koalition hat es verpasst, das Gesundheitswesen vor grundlegende Veränderungen zu stellen, beispielsweise durch die Einbeziehung der Reichen in eine gemeinsame Bürgerversicherung.

Die Auflösung der privaten Krankenkassen wäre ein Gebot der Stunde – doch erneut verweigerte sich die FDP als Klientel- und Lobbypartei der Millionäre dem Ansinnen von SPD und Grünen mit fadenscheinigen Begründungen. Um die Abgaben für die Patientenversorgung in Deutschland langfristig sozial verträglich zu gestalten, bedarf es immenser Reformen. Nichts davon hat Lauterbach in seiner Budgetrede im Parlament klar benannt. Beispielsweise ist zu denken an die Prüfung von Modellen der Einbeziehung aktienbasierter Beitragsverwaltung, die Senkung der Ausgaben (beispielsweise durch Verhandlungen über reduzierte Arzneimittelpreise und die Vermeidung von Doppeluntersuchungen) oder die Streichung ineffizienter und unwissenschaftlicher Leistungen, eine modernisierte Versorgung (etwa durch sektorenübergreifende Behandlung).

Nicht zu vergessen sind auch die mögliche Kostensenkung durch Technologisierung (elektronische Arzt-Patienten-Kontakte etc.), eine Forcierung von strukturierter Versorgung (Stärkung von Disease-Management-Programmen u.a.), der eklatante Ausbau der gesundheitsfördernden Angebote in der Berufswelt unter Einbindung der Arbeitgeber in die finanzielle Verantwortung präventiver Maßnahmen, die bürokratische Entschlackung (exemplarisch durch Digitalisierung und Papiervermeidung) oder die Förderung des Wettbewerbs der Krankenkassen zur Beitragsstabilisierung. Es besteht kein Zweifel: Die Pandemie hat ein tiefes Loch in den Haushalt des Gesundheitsministeriums und der gesetzlichen Versicherung gerissen. Schlussendlich ist man mit Steuereinnahmen und Beiträgen aber gleichsam unvernünftig umgegangen. Unmengen an Masken und Vakzinen wurden letztendlich vernichtet, weil sich Spahns Experten völlig verkalkuliert hatten und auch die aufgeregte Haltung seines Nachfolgers zu unnötigen Anschaffungen führte.

Anstatt bedacht zu planen und mit angemessener Impfaufklärung Verschwendung zuvorkommen, kümmerte sich der heutige Minister eher um seine TV-Karriere – und wirft mit Euro und Cent nur so um sich.

Haushalterische Disziplin gehört generell nicht zu den Stärken vieler Politiker. Und auch wenn ich wahrlich kein Anhänger von Schuldenbremse und „Schwarzer Null“ bin: Nachhaltigkeit und Sparsamkeit würden nicht schaden. Sie sind möglich, sogar bei parallelem Mehrwert für die Versicherten. Modernisierung von verkrusteten Strukturen, diesen Slogan stelle ich dem Professor anheim – und empfehle ihm etwas mehr Demut vor fremdem Geld.

## Lindners Uneinsichtigkeit

*Zu den Maßnahmen des Finanzministers  
gegen die Inflation und Teuerung:*

Es sei ein zähes Ringen gewesen,  
beschreiben die Regierungsparteien ihre  
Verhandlungen über Entlastungen der  
Bürger für gestiegene Energiepreise.

Herausgekommen ist – ähnlich wie beim  
Koalitionsvertrag – ein maßgeblich durch  
die Liberalen geprägtes Paket an  
Maßnahmen. Denn es bleibt wieder einmal  
völlig unverständlich, weshalb alle  
Steuerpflichtigen mit demselben  
Pauschalbetrag bedacht werden sollen –  
wenn doch der Angestellte mit einem  
Jahreseinkommen im sechsstelligen Bereich  
einen solchen Zuschlag sicher deutlich  
weniger nötig hat als der freiberufliche  
Geringverdiener.

Während schon beim Vorschlag für den  
„Tankrabatt“ das „Gießkannenprinzip“ die  
Runde machte, wird es durch das  
„Energiegeld“ nicht entkräftet.

Wenngleich man sich auch zu einer Verdopplung der Einmalzahlung an Transferleistungsempfänger durchgerungen hat und für Nutzer des ÖPNV ein befristetes Monatsticket für 9 Euro anbieten will, ist das beschlossene Bündel an Vorhaben erneut von einem drastischen Ungleichgewicht gezeichnet. Es kommt schlicht einer Steuergeldverschwendung gleich, wenn man sogar Wohlverdienende ohne jeglichen Anspruch auf Bedürftigkeit undifferenziert und überhaupt nicht abgestuft mit einem unnötigen Schluck aus der Pulle bedenkt und ähnlich wie bei gleichnamigen Entgleisungen der Freien Demokraten – man erinnere sich nur an Steuersenkungen für Hotelübernachtungen & Co. – Präsente an diejenigen verteilt, die sich selbst mittlerweile aus Scham vor der eigenen Klientelpartei freiwillig für Vermögensabgaben aussprechen, um den sozialen Frieden im Land zu bewahren. Gelbe Anbiederung an die Oberschicht wird heutzutage kaum mehr durch den Versuch von Grün und Rot kaschiert, die Hilflosen nicht völlig im Regen stehen zu lassen und der breiten Bevölkerung klarzumachen, dass man von allen Bürgern gewählt ist.



Für wen nur die höchsten Zehntausend zählen, macht sich dem puren Nieschentum verdächtig. Wäre es tatsächlich so schwierig gewesen, bei den Steuerpflichtigen wenigstens diejenigen von einem Profit auszuschließen, für die die vorgesehenen 300 Euro ein Minutenlohn sind? Und was hätte denn dagegen gesprochen, den Betrag einkommensabhängig oder nach Steuerklasse zu staffeln?

Offenbar fällt es der FDP weiterhin schwer, über den eigenen Schatten zu springen und den Stolz als Unternehmerpartei hinter sich zu lassen. Schlussendlich fiel es dem Parteivorsitzenden vor den Kameras sichtlich schwer, die Einigung mit den Koalitionspartnern in ihrer Umfänglichkeit und Diversität vorzustellen. Ihm wäre es scheinbar lieber gewesen, Anstrengungen wie Energieeffizienz nicht aussprechen zu müssen, sondern allein die eigenen und von blanker Einseitigkeit getriebenen Steuergeschenke zu verkaufen. Ja, es wurde erkenntlich: Das ist wirklich keine Liebesheirat gewesen.

Viel eher bleibt es ein Zweckbündnis auf der Grundlage der wenigen Gemeinsamkeiten zwischen den Lagern. Während Klingbeil und Lang weiterhin für die sinnbildlich stehenden „Schlecker“-Frauen gekämpft haben, wird Lindners Abneigung gegenüber der „spätromischen Dekadenz“ des Hartz IV-Empfängers bei jedem seiner Sätze offenkundig. Die Aufgabenteilung ist klar: Er kümmert sich lobbyistisch um das weitere Auseinanderdriften der Schere zwischen Arm und Teich – und die Anderen kehren die Scherben zusammen, die die Macht der sozialen Kälte hinterlassen hat.

Führung gewünscht,  
Nebelkerzen bekommen...

Ja, ich vermute einmal blindlings, dass ich die sachlichen Beweggründe, die Olaf Scholz in seiner momentanen Ukraine-Politik bewegen, durchaus verstehen kann. Allerdings ist es nicht meine Aufgabe, unseren Regierungschef tiefenpsychologisch zu deuten. Vielmehr müsste es sein Anspruch sein, sich verständlich, nachvollziehbar und transparent gegenüber der Bevölkerung, dem Parlament, den NATO-Partnern und Selenskji zu erklären. Denn der SPD-Politiker scheitert eben gerade nicht daran, dass niemand seine zögerliche Haltung gegenüber der Lieferung von schweren Waffen akzeptieren und möglicherweise sogar mittragen würde. Viel eher ist es ein Problem der Kommunikation, welches den einigermaßen mundfaul anmutenden Hamburger zum schlechtesten Kanzler seit Beginn der Bundesrepublik macht. Zweifelsohne hat er vermutlich noch weit mehr als drei Jahre Zeit, dieses Image aufzupolieren.

Allerdings sollte er alsbald damit beginnen, denn die momentane Weltlage erlaubt keine Verzögerungen. Wir können nicht darauf warten, bis Scholz seine Gedanken sortiert und sie derart abgewogen hat, dass sie der Öffentlichkeit zumutbar oder möglichst vorgekaut und bekömmlich sind. Führung sei es gerade auch, dass man nicht so handele, wie es Andere erwarteten, argumentierte der Sozialdemokrat und offenbarte damit: Seine Definition von Richtlinienkompetenz ist mit dem notwendigen Proaktivismus, den ein Kabinettschef mitbringen muss, keinesfalls vereinbar.

Dass der Kanzler zum Jagen getragen werden muss, belegt seine Unfähigkeit, Entscheidungen zu begründen und sie nach außen zu vermitteln. Schlussendlich bezweifle ich nicht, dass er einen inneren Wertekompass hat, von dem er geleitet wird. Auch bin ich mir sicher, dass Scholz Entschlüsse fassen kann. Allerdings benötigt er für seine Abwägungen zu lange – und legt sie dem Volk nur scheinbar auf Nachfrage dar.

Ich erwarte von einem Kanzler das Vorgehen, nicht das Hinterherlaufen. Dass es in Bezug auf Handlungsspielräume viele Einflüsse gibt, die die Bundesregierung nicht so praktizieren lassen, wie man es sich wünscht, wird spätestens durch die Weigerung der Schweiz, in deutschen Panzern verbaute Munition der Eidgenossen an die Ukraine weiterzugeben, beschämend sichtbar. Hierfür können weder Scholz, Lambrecht, noch Baerbock etwas. Dass man in Bern eine falschverstandene Neutralität hochhält, ist allein die Verantwortung der Alpenrepublik selbst.

Doch warum müssen solche Umstände wiederum erst durch die Medien aufgedeckt werden? Weshalb müssen es ehemalige und aktuelle Militärs der Bundeswehr sein, die die Tatsache festhalten: „Unsere Armee ist blank!“? Es wäre am Bundeskanzler, solche Hindernisse publik zu machen, denn sie würden ihn in der derzeitigen Lage vom Vorwurf entlasten, dass er es alleine ist, der sich gegen Waffenlieferungen nach Kiew ausspricht.

Natürlich kann auch die SPD nicht von der Anschuldigung befreit werden, das Zaudern und Zögern der Regierung durch innere Zerstritten zu befördern.

Ich bin überzeugt: Viele Deutsche würden es nachsehen und sogar unterstützen, wenn die Bundesrepublik aus begründeten Sorgen um eine mögliche Ausbreitung des Krieges und im Bewusstsein, dass am Ende nur eine diplomatische und pazifistische Lösung für den Konflikt gefunden werden kann, von einer weiteren Aufrüstung der Ukraine absieht. Doch solch eine Haltung muss man den Menschen nahebringen und verständlich artikulieren.

Gegenüber Scholz ist der ebenfalls norddeutsche Kubicki eine Plaudertasche. Und würde sich der Kanzler nur ein kleines Stück von der Redseligkeit seines Bundesgesundheitsministers abschneiden, würde man glauben, dass Scholz Führung nicht nur im Museum verortet...

## Pazifistische Grüße an Genosse Wladimir!

Da war das TV-Interview mit Sergej Lawrow nur wenige Stunden alt, schon schlägt die Linkspartei in die Kerbe des russischen Außenministers ein: Gemäß einer Pressemitteilung von Sevim Dagdelen, Obfrau der Fraktion im Auswärtigen Ausschuss und Sprecherin für Internationale Politik und Abrüstung, dürfe Deutschland „nicht zur direkten Kriegspartei gemacht und der Ukraine-Konflikt zum dritten Weltkrieg ausgeweitet werden“. Entsprechend greift die Linken-Politikern den Sprachjargon aus Moskau auf und beteiligt sich an einer klar psychologischen Kriegsrhetorik des Kremls, mit der den Bürgern im Westen Angst gemacht werden soll. Die Gefahr einer Eskalation des Ukraine-Konflikts hin zu einer atomaren und globalen Auseinandersetzung wird von der Mehrheit militärischer Experten derzeit als sehr gering eingeschätzt. Doch DIE LINKE beteiligt sich an Warnungen und Zuspitzungen, die allein Russlands Machtapparat in die Hände spielen.

Dort freut man sich über jeden, der die Besorgnis der Menschen in den NATO-Staaten mit in die Höhe treibt. Moskau übt dadurch Abschreckung und Bedrohung aus, auf die man bei den Linken plump hereinfällt oder sie möglicherweise gar bewusst befeuert. Das Verhältnis der Sozialisten hierzulande zu den Autokraten der Russischen Föderation bleibt auch nach Ausbruch der Invasion Richtung Kiew weiterhin schleierhaft, ungeklärt und fragwürdig. Dagdelen erwähnt in ihrer Aussendung mit keinem Wort die eindeutige Ursache für diesen Krieg. Stattdessen macht sie die Bundesrepublik für eine mögliche Verlängerung der Auseinandersetzung verantwortlich, weil man bei der Regierung über die Lieferung schwerer Waffen nachdenkt. Ich frage: Wer hat diesen völkerrechtswidrigen Angriff gestartet? Wer hat sich über Wochen und Monate um eine diplomatische Lösung im Streit bemüht? Glauben Sie tatsächlich, dass sich der russische Machthaber von deutschem Pazifismus beeindruckt ließe und an den Verhandlungstisch zurückkehrt, weil sich Olaf Scholz dafür entscheidet, die Ukraine nicht mehr Material zu beliefern?



Von wem ging die schlussendliche Aggression aus? Welche Naivität reitet die deutschen Linken, ernsthaft anzunehmen, dass Putins Armee die Segel streicht, wenn wir aus duckmäuserischer Furcht vor dem sich aufbäumenden Moskau die eigene Abwehr stoppen und Selenskjis Truppen und das ukrainische Volk mit Helmen und Panzerfäusten im Kampf gegen einen nicht zurückweichenden Einmarsch alleinlassen? Wird sich der Kreml-Chef zum Bundeskanzler dazugesellen, wenn er von ihm zur gemeinsamen Friedenspfeife auf der Isomatte eingeladen wird? Haben Sie aus den vergangenen acht Wochen überhaupt etwas dazugelernt oder wollen Sie tatsächlich behaupten, Russlands Plan nach einer neuen Ordnung in Europa wird über Bord geworfen, wenn wir Moskaus Schergen flehentlich darum bitten, Schwerter zu Pflugscharen zu machen? Denken Sie wirklich, es ist angesichts der Brutalität und der Entschlossenheit des russischen Überfallkommandos eine Alternative, jetzt noch auf Abrüstung zu setzen und darauf zu hoffen, dass sich Putin durch eine solche faktische Kapitulation gnädiglich erbarmen wird?

Und dass er seinen Feldzug zur Rückeroberung der Sowjetunion beendet? Haben wir denn etwas gewonnen, wenn wir unsere Werte, Ethik und Moral hochhalten, damit aber gleichzeitig einem Diktatoren Vorschub leisten, welcher sich weder um Völkerrecht, noch Menschlichkeit schert? Es ist eine verblüffende Gutgläubigkeit, nach dem 24. Februar 2022 dem russischen Präsidenten noch in irgendeiner Art und Weise zu vertrauen. Und es ist bezeichnend, dass DIE LINKE bis heute eine zumindest indirekte Umkehr der Täter-Opfer-Rollen vornimmt, indem sie dem Westen eine Prolongierung dieses Krieges vorwirft.

Auch wenn es Putin nicht interessieren dürfte: Unsere Unterstützung – auch mit Waffen – ist nicht nur geboten, sondern gleichsam durch internationales Recht gedeckt und gerechtfertigt. Wohingegen die Verblendung der deutschen Linken ein bitteres Zeugnis über ideologische Armseligkeit und verkappte Ostalgie darstellt...

© 2022 Dennis Riehle